

Geschäftsverzeichnisnr. 7037
Entscheid Nr. 181/2019 vom 14. November 2019

ENTSCHEID

In Sachen: Klage auf teilweise Nichtigerklärung des Dekrets der Flämischen Gemeinschaft vom 9. März 2018 « über den Teilzeitkunstunterricht », erhoben von Paul Mertens.

Der Verfassungsgerichtshof,

zusammengesetzt aus den Präsidenten A. Alen und F. Daoût, und den Richtern T. Merckx-Van Goey, T. Giet, R. Leysen, J. Moerman und M. Pâques, unter Assistenz des Kanzlers P.-Y. Dutilleux, unter dem Vorsitz des Präsidenten A. Alen,

erlässt nach Beratung folgenden Entscheid:

*

* *

I. Gegenstand der Klage und Verfahren

Mit einer Klageschrift, die dem Gerichtshof mit am 31. Oktober 2018 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief zugesandt wurde und am 5. November 2018 in der Kanzlei eingegangen ist, erhob Paul Mertens, unterstützt und vertreten durch RA K. Van den Wyngaert, in Antwerpen zugelassen, Klage auf teilweise Nichtigerklärung des Dekrets der Flämischen Gemeinschaft vom 9. März 2018 « über den Teilzeitkunstunterricht » (veröffentlicht im *Belgischen Staatsblatt* vom 11. Mai 2018).

Die Flämische Regierung, unterstützt und vertreten durch RA D. Vanheule, in Gent zugelassen, hat einen Schriftsatz eingereicht, die klagende Partei hat einen Erwidierungsschriftsatz eingereicht, und die Flämische Regierung hat auch einen Gegenerwidierungsschriftsatz eingereicht.

Durch Anordnung vom 25. September 2019 hat der Gerichtshof nach Anhörung der referierenden Richter R. Leysen und T. Giet beschlossen, dass die Rechtssache verhandlungsreif ist, dass keine Sitzung abgehalten wird, außer wenn eine Partei innerhalb von sieben Tagen nach Erhalt der Notifizierung dieser Anordnung einen Antrag auf Anhörung eingereicht hat, und dass vorbehaltlich eines solchen Antrags die Verhandlung am 9. Oktober 2019 geschlossen und die Rechtssache zur Beratung gestellt wird.

Da keine Sitzung beantragt wurde, wurde die Rechtssache am 9. Oktober 2019 zur Beratung gestellt.

Die Vorschriften des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, die sich auf das Verfahren und den Sprachengebrauch beziehen, wurden zur Anwendung gebracht.

II. Rechtliche Würdigung

(...)

In Bezug auf die angefochtenen Bestimmungen und deren Kontext

B.1.1. Das Dekret der Flämischen Gemeinschaft vom 9. März 2018 « über den Teilzeitkunstunterricht » (nachstehend: Dekret vom 9. März 2018) (nachstehend: Dekret vom 9. März 2018) regelt unter anderem den Auftrag und das Ziel dieses Unterrichts (Artikel 90 bis 96), die Struktur (Artikel 10 bis 28), die Zulassungsvoraussetzungen (Artikel 29 bis 36), die Rechte und Pflichten der Schüler (Artikel 37 bis 64), die personellen Mittel und die Arbeitsmittel der Akademien (Artikel 5 bis 89), die Einschreibegebühren (Artikel 90 bis 96)

und die Anerkennungs-, Finanzierungs- und Bezuschussungsvoraussetzungen bezüglich der Akademien (Artikel 97 bis 135).

B.1.2. Die klagende Partei beantragt die Nichtigkeitserklärung der nachstehenden Bestimmungen des Dekrets vom 9. März 2018: Artikel 3 Nrn. 39 und 70, Artikel 12 § 3 Absätze 3, 4 und 5, Artikel 13 § 2, die Artikel 31 und 32, Artikel 33 § 2 Nr. 2, Artikel 67 § 3 Absätze 2 und 3, Artikel 73 § 2 und Artikel 83 Absätze 2 und 3.

Die angefochtenen Bestimmungen beziehen sich auf die Dauer einer Unterrichtsstunde (Artikel 3 Nr. 39 und 73 § 2), den Zugang und die Qualifikation von Schülern in Bezug auf die verschiedenen Grade des Teilzeitkunstunterrichts (Artikel 31 und 32, Artikel 33 § 2 Nr. 2 und Artikel 3 Nr. 70), die Einteilung sowie die Dauer der Ausbildungsgänge im Teilzeitkunstunterricht und die Laufbahn der Schüler (Artikel 12 § 3 Absätze 3, 4 und 5 und Artikel 13 § 2) sowie die Betreuung und die Arbeitsmittel bezüglich der Akademien (Artikel 67 § 3 Absätze 2 und 3 und Artikel 83 Absätze 2 und 3).

B.2.1. Das Dekret vom 9. März 2018 führt die Regelungen zum Teilzeitkunstunterricht, die vorher in verschiedenen Dekreten und Erlassen enthalten waren, zusammen und aktualisiert sie.

B.2.2. Der Dekretgeber wollte den Teilzeitkunstunterricht mit einem vereinfachten und kohärenten rechtlichen Rahmen in die Landschaft des Unterrichtswesens einfügen, wobei eine nähere Zusammenarbeit mit dem Pflichtunterrichtswesen und den Freizeitakteuren stimuliert wird. Das Dekret vom 9. März 2018 hat drei Ambitionen zur Grundlage: Vereinfachung der Regelungen, starke Verankerung im Unterrichtswesen und Verbindung zu den Künsten und dem Vorschul- und Pflichtunterricht (*Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2017-2018, Nr. 1439/1, SS. 3-5). Der Dekretgeber wollte mit der erneuerten Struktur einen transparenten Rahmen schaffen, der die Ausbildungsangebote übersichtlich macht, das Angebot ausreichend flexibel hält und außerdem auf die spezifischen Bedürfnisse der Schüler eingeht (ebenda, SS. 15-17).

B.2.3. Der Dekretgeber wollte überdies die bestehende Finanzierung des Teilzeitkunstunterrichts mit einerseits budgetären Einschränkungen und andererseits der Beibehaltung der bestehenden Anstellungen, Entlohnungen und Leistungen zugunsten der

Lehrkräfte unter Einbeziehung der demografischen Entwicklungen in Einklang bringen (*Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2017-2018, Nr. 1439/1, SS. 19-20). Er hat die Betreuung der Akademien (die Zahl wöchentlicher Unterrichtsstunden) unmittelbar auf die Zahl finanzierbarer Schüler gestützt. Weil nicht alle Schüler ein und dieselbe reelle Belastung für die Akademien darstellen und um den budgetären *Status quo* zu überwachen (ebenda, S. 19), wird nicht nur die Zahl der Schüler berücksichtigt, sondern werden auch bestimmte Gewichtungsfaktoren in Abhängigkeit von der Unterrichtslast berücksichtigt, deren Wert vor dem Hintergrund der Beibehaltung der bestehenden Unterschiede und Verhältnisse zwischen den darstellenden Künsten und den bildenden Künsten nicht abgeändert wurde (ebenda, SS. 20-21 und 55-56).

Zur Hauptsache

Zu den Klagegründen im Allgemeinen

B.3.1. Nach Ansicht der Flämischen Regierung hat die klagende Partei nicht ausreichend dargelegt, in welchem Sinne die angefochtenen Bestimmungen gegen Artikel 24 §§ 3 und 5 der Verfassung beziehungsweise die Grundsätze der Rechtssicherheit und der Verhältnismäßigkeit verstießen.

B.3.2. Um den Erfordernissen nach Artikel 6 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof zu entsprechen, müssen die in der Klageschrift enthaltenen Klagegründe angeben, welche Vorschriften, deren Einhaltung der Gerichtshof gewährleistet, verletzt wären, welche Bestimmungen gegen diese Vorschriften verstoßen würden, und darlegen, in welcher Hinsicht diese Vorschriften durch die fraglichen Bestimmungen verletzt würden.

Der Gerichtshof prüft die Klagegründe insofern, als sie den vorgenannten Erfordernissen entsprechen.

In Bezug auf den ersten Klagegrund

B.4.1. Die klagende Partei leitet einen ersten Klagegrund ab aus dem Verstoß der Artikel 3 Nr. 39 und 73 § 2 des angefochtenen Dekrets gegen die Artikel 10, 11 und 24 §§ 3 bis 5 der Verfassung in Verbindung mit dem Grundsatz der Rechtssicherheit und mit dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, weil sie eine nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung zwischen einerseits den bildenden und audiovisuellen Künsten (nachstehend: bildende Künste) und andererseits den Domänen Tanz, Diktion-Drama und Musik (im Folgenden: darstellende Künste) hinsichtlich der Unterrichtsstunde einführten.

B.4.2. Artikel 3 des angefochtenen Dekrets bestimmt:

« Dans le présent décret, on entend par :

[...]

39° période de cours : une période de cinquante minutes dans le domaine arts plastiques et audiovisuels ou de soixante minutes dans les domaines danse, arts de la parole-théâtre et musique ou de cinquante ou soixante minutes dans la formation d'initiation transversale comme unité pour la durée d'une activité d'apprentissage et unité pour l'attribution de l'encadrement du personnel enseignant;

[...] ».

B.4.3. Artikel 73 des angefochtenen Dekrets bestimmt:

« § 1er. En application de la réglementation en matière de concertation et de négociation, l'autorité scolaire décide de l'utilisation des périodes de cours.

L'autorité scolaire peut utiliser le nombre total de périodes de cours attribuées pour organiser des activités d'apprentissage, l'accompagnement musical et des activités d'apprentissage sur mesure. Pour la coordination pédagogique, l'autorité scolaire peut utiliser un maximum de trois pour cent du nombre de périodes de cours attribuées. Ce pourcentage peut être dépassé à condition qu'un accord soit conclu à ce sujet au sein du comité local.

§ 2. Chaque période de cours utilisée pour des activités d'apprentissage donne lieu, pour chaque semaine de l'année scolaire, à une activité d'apprentissage d'au moins cinquante minutes pour le domaine arts plastiques et audiovisuels et d'au moins soixante minutes pour les domaines danse, arts de la parole-théâtre et musique, ou d'au moins cinquante ou soixante minutes pour la formation initiale transversale, en tenant compte des dispositions relatives à l'organisation de l'année scolaire, visées aux articles 63 et 64.

Par dérogation à l'alinéa 1er, le Gouvernement flamand détermine les conditions dans lesquelles une académie peut regrouper les activités d'apprentissage hebdomadaires en ensembles plus grands.

[...] ».

B.5.1. Der Flämischen Regierung zufolge würde das erforderliche Interesse an der Beantragung der Nichtigkeitserklärung der angefochtenen Bestimmungen bei der klagenden Partei nicht vorliegen.

B.5.2. Die Verfassung und das Sondergesetz vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof erfordern, dass jede natürliche oder juristische Person, die eine Nichtigkeitsklage erhebt, ein Interesse nachweist. Das erforderliche Interesse liegt nur bei jenen Personen vor, deren Situation durch die angefochtene Rechtsnorm unmittelbar und ungünstig beeinflusst werden könnte; demzufolge ist die Popularklage nicht zulässig.

B.5.3. Die klagende Partei ist eine Lehrkraft im Teilzeitkunstunterricht, und zwar in der Domäne der Musik, die zu den darstellenden Künsten gehört. Da sich die angefochtenen Bestimmungen auf die Dauer einer Unterrichtsstunde im Bereich der darstellenden Künste beziehen, wirken sie sich auf die Arbeitssituation der Lehrkräfte in diesem Bereich aus. Folglich liegt bei der klagenden Partei das erforderliche Interesse vor.

B.5.4. Die Einrede wird abgewiesen.

B.6.1. Der Dekretgeber hat bestimmt, dass eine Unterrichtsstunde bei den bildenden Künsten 50 Minuten und bei den darstellenden Künsten 60 Minuten beträgt. In Bezug auf diese Entscheidung heißt es in den Vorarbeiten:

« Tout comme avant l'entrée en vigueur du décret appelé ' Niveaudecreet ' (le décret du 9 mars 2018), les périodes de cours hebdomadaires constituent l'unité où est exprimé l'encadrement pour le personnel enseignant. [...] Traditionnellement, une période de cours dans le domaine arts de la scène dure 60 minutes et 50 minutes dans le domaine arts plastiques et audiovisuels » (*Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2017-2018, Nr. 1439/1, S. 60).

Demnach hat der Dekretgeber die Situation bestätigt, die die Flämische Regierung in Ausführung von Artikel 90 des vorher geltenden Unterrichtsdekrets II vom 31. Juli 1990 durch Erlasse vom 31. Juli 1990 festgestellt hatte.

B.6.2. Wie in B.4 erwähnt wurde, möchte der Dekretgeber die Qualität des Teilzeitkunstunterrichts überwachen, wobei er allerdings auch budgetäre Einschränkungen berücksichtigen muss.

Die Art der zu erwerbenden Kompetenzen und des Unterrichtsinhalts im Teilzeitkunstunterricht kann dazu führen, dass die benötigte Zeit, um diese auf pädagogisch verantwortliche Weise an die Schüler zu vermitteln, für die bildenden Künste eine andere ist als für die darstellenden Künste. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Art der zu erwerbenden Kompetenzen und der Notwendigkeit zur Kombination theoretischer, praktischer, kollektiver und individueller Lernmomente in den unterschiedlichen Domänen des Teilzeitkunstunterrichts überschreitet der Dekretgeber die ihm diesbezüglich zustehende Beurteilungsbefugnis nicht, wenn er die Dauer einer Unterrichtsstunde bei den darstellenden Künsten auf 60 Minuten festlegt, während diese bei den bildenden Künsten 50 Minuten beträgt. Die allgemeine Aufgabenlast der Lehrkräfte im Teilzeitkunstunterricht wird außerdem nicht ausschließlich von der Dauer einer Unterrichtsstunde bestimmt.

Es kann nicht darauf geschlossen werden, dass die sich aus den angefochtenen Bestimmungen ergebende Ungleichbehandlung bezüglich der Dauer einer Unterrichtsstunde mit unverhältnismäßigen Folgen verbunden ist.

B.6.3. Die Artikel 3 Nrn. 39 und 73 § 2 des angefochtenen Dekrets verstoßen daher nicht gegen die Artikel 10, 11 und 24 § 4 der Verfassung. Sie verstoßen auch nicht gegen die vorerwähnten Verfassungsbestimmungen in Verbindung mit dem Grundsatz der Rechtssicherheit und dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.

B.6.4. Die klagende Partei legt im Übrigen nicht dar, in welcher Hinsicht die angefochtenen Bestimmungen die Unterrichtsfreiheit im Sinne von Artikel 24 § 3 der Verfassung beziehungsweise den Gesetzmäßigkeitsgrundsatz in Angelegenheiten des Unterrichtswesens im Sinne von Artikel 24 § 5 der Verfassung verletzen.

B.7. Der erste Klagegrund ist unbegründet.

In Bezug auf den zweiten Klagegrund

B.8. Die klagende Partei leitet einen zweiten Klagegrund ab aus dem Verstoß von Artikel 3 Nr. 70, Artikel 12 § 3 Absätze 3 bis 5, Artikel 13 § 2, Artikel 31, Artikel 32 und Artikel 33 § 2 Nr. 2 des angefochtenen Dekrets gegen die Artikel 10, 11 und 24 §§ 3 bis 5 der Verfassung, weil sie eine nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung zwischen den darstellenden Künsten und den bildenden Künsten bezüglich des Zugangs und der Qualifikation von Schülern im Rahmen des Teilzeitkunstunterrichts einführten, was zu einer unterschiedlichen Entlohnung der Lehrkräfte in den beiden Domänen führe.

B.9.1. Artikel 3 des Dekrets vom 9. März 2018 bestimmt:

« Dans le présent décret, on entend par :

[...]

70° adulte : l'élève du domaine arts de la parole- théâtre, danse ou musique ayant atteint l'âge de 15 ans au 31 décembre de l'année scolaire ou l'élève du domaine arts plastiques et audiovisuels ayant atteint l'âge de 18 ans à la même date;

[...] ».

B.9.2. Artikel 12 § 2 des angefochtenen Dekrets bestimmt in Bezug auf die bildenden Künste:

« La somme du volume des études des années d'études du premier degré est d'au moins quatre périodes de cours hebdomadaires réparties sur un parcours de deux années d'études.

La somme du volume des études des années d'études du deuxième degré est d'au moins huit périodes de cours hebdomadaires réparties sur un parcours de quatre années d'études.

La somme du volume des études des années d'études du troisième degré pour jeunes est d'au moins vingt-quatre périodes de cours hebdomadaires réparties sur un parcours de six ou sept années d'études.

La somme du volume des études des années d'études du troisième degré pour adultes est d'au moins huit périodes de cours hebdomadaires réparties sur un parcours de deux années d'études.

La somme du volume des études des années d'études du quatrième degré est d'au moins quarante périodes de cours hebdomadaires réparties sur un parcours de dix, cinq ou quatre années d'études ».

B.9.3. Artikel 13 § 2 des angefochtenen Dekrets bestimmt in Bezug auf die bildenden Künste:

« La somme du volume des études des années d'études de l'orientation d'études culture plastique et audiovisuelle est d'au moins six périodes de cours hebdomadaires réparties sur un parcours de trois années d'études.

La somme du volume des études des années d'études de l'orientation d'études spécialisation en arts plastiques et audiovisuels est d'au moins seize périodes de cours hebdomadaires réparties sur un parcours de deux années d'études ».

B.9.4. Artikel 31 des angefochtenen Dekrets bestimmt:

« Pour être admis au deuxième degré dans les domaines danse, arts de la parole-théâtre ou au deuxième degré pour jeunes dans le domaine musique, l'élève doit remplir l'une des conditions suivantes :

1° avoir acquis les compétences de base du premier degré;

2° avoir atteint l'âge de huit ans, mais dans le cas du domaine arts de la parole-théâtre ne pas être âgé de plus de quatorze ans à la date du 31 décembre suivant le début de l'année scolaire.

Pour être admis au deuxième degré pour adultes du domaine musique, l'élève doit avoir atteint l'âge de quinze ans au 31 décembre suivant la rentrée scolaire.

Pour être admis au deuxième degré du domaine arts plastiques et audiovisuels, l'élève doit remplir l'une des conditions suivantes :

1° avoir acquis les compétences de base du premier degré;

2° avoir atteint l'âge de huit ans, mais ne pas être âgé de plus de douze ans à la date du 31 décembre suivant le début de l'année scolaire ».

B.9.5. Artikel 32 des angefochtenen Dekrets bestimmt:

« Pour être admis au troisième degré des domaines danse ou musique, l'élève doit avoir acquis les compétences de base du deuxième degré du domaine respectif.

Pour être admis au troisième degré du domaine arts de la parole-théâtre, l'étudiant doit remplir l'une des conditions suivantes :

1° avoir acquis les compétences de base du deuxième degré du domaine arts de la parole-théâtre;

2° avoir atteint l'âge de quinze ans à la date du 31 décembre suivant le début de l'année scolaire.

Pour être admis au troisième degré pour jeunes du domaine arts plastiques et audiovisuels, l'élève doit remplir l'une des conditions suivantes :

1° avoir acquis les compétences de base du deuxième degré du domaine arts plastiques et audiovisuels;

2° avoir atteint l'âge de douze ans à la date du 31 décembre suivant le début de l'année scolaire.

Pour être admis au troisième degré pour adultes du domaine arts plastiques et audiovisuels, l'élève doit avoir atteint l'âge de dix-huit ans au 31 décembre suivant la rentrée scolaire ».

B.9.6. Artikel 33 des angefochtenen Dekrets bestimmt:

« § 1er. Pour être admis à une orientation d'études dans le quatrième degré des domaines danse, arts de la parole-théâtre ou musique, l'élève doit avoir acquis les compétences de base du troisième degré du domaine auquel l'orientation d'études appartient.

§ 2. Pour être admis à une orientation d'études dans le quatrième degré du domaine arts plastiques et audiovisuels, l'étudiant doit remplir l'une des conditions suivantes :

1° avoir acquis les compétences de base du troisième degré du domaine auquel l'orientation d'études appartient;

2° avoir atteint l'âge de dix-huit ans à la date du 31 décembre suivant le début de l'année scolaire ».

B.10.1. Der Flämischen Regierung zufolge würde das erforderliche Interesse an der Beantragung der Nichtigerklärung der angefochtenen Bestimmungen bei der klagenden Partei nicht vorliegen.

B.10.2. Sofern die angefochtenen Bestimmungen die Dauer der Studienjahre der unterschiedlichen Grade in der Domäne der bildenden Künste bestimmen (Artikel 12 § 3 und 13 § 2) und die Zulassungsvoraussetzungen für die Schüler zu den verschiedenen Graden des Teilzeitkunstunterrichts festlegen (Artikel 31 bis 33), ist die klagende Partei als Lehrkraft im

Bereich der darstellenden Künste in ihrer Situation von den angefochtenen Bestimmungen nicht unmittelbar und ungünstig betroffen.

Sofern die klagende Partei geltend macht, dass diese Bestimmungen mit solchen finanziellen Folgen verbunden seien, dass die Lehrkräfte in der Domäne der darstellenden Künste bei der Entlohnung ungünstiger behandelt würden als die Lehrkräfte in der Domäne der bildenden Künste, deckt sich die Prüfung des Interesses mit der der Hauptsache.

B.11.1. Das Dekret vom 9. März 2018 setzt das Einstiegsalter in allen Domänen des Teilzeitkunstunterrichts auf sechs Jahre herab (Artikel 29). Bei der Regelung der Qualifikation von Schülern für die jeweiligen Grade des Teilzeitkunstunterrichts hat das Dekret den Ausgangspunkt zur Grundlage, dass der Zugang und der Fortschritt bezüglich der Ausbildungsgänge grundsätzlich auf die Kompetenzen der Schüler ab zu stimmen ist und dass nur ein Schüler, der einen vorherigen Grad erfolgreich abgeschlossen hat und folglich über das für diesen Grad erforderliche Leistungsniveau verfügt, Zugang zum nächsten Grad der Ausbildung erhalten muss (Artikel 31 bis 33).

B.11.2. Daneben wollte der Dekretgeber Personen die Möglichkeit bieten, im Erwachsenenalter am Teilzeitkunstunterricht teilzunehmen, sei es im Rahmen der üblichen Ausbildungsgänge, sei es in Rahmen einer angepassten Ausbildung für Erwachsene. Der Einstieg bei der Erwachsenenbildung im Rahmen der darstellenden Künste ist für den Ausbildungsgang Musik unmittelbar im zweiten Grad und für den Ausbildungsgang Diktion-Drama im dritten Grad möglich (Artikel 31 und 32). Bei der Ausbildung bildende und audiovisuelle Künste haben Erwachsene die Wahl, im dritten oder vierten Grad unmittelbar einzusteigen (Artikel 32 und 33).

B.11.3. Die Kritik der klagenden Partei richtet sich gegen die Erwachsenen gebotene Möglichkeit, ohne Vorbildung im vierten Grad der bildenden Künste einzusteigen. In dieser Domäne wird eine Person als Erwachsener angesehen, wenn sie am 31. Dezember des laufenden Schuljahrs das Alter von 18 Jahren erreicht hat (Artikel 3 Nr. 78).

B.11.4. In Bezug auf den unmittelbaren Einstieg von Erwachsenen im vierten Grad der bildenden Künste heißt es in den Vorarbeiten:

« Dans le domaine arts plastiques et audiovisuels, il y a deux exceptions à l'entrée et à l'évolution axées sur l'acquisition des compétences. Les adultes sans connaissance préalable peuvent, tout comme c'était le cas auparavant, commencer la troisième année du troisième degré ou accéder directement au quatrième degré. Cette dérogation au principe général de l'entrée et de l'évolution axées sur l'acquisition des compétences a fait suite à la demande expresse même du secteur des arts plastiques » (*Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2017-2018, Nr. 1439/1, S. 17).

Ebenso möchte der Dekretgeber das Kombinieren des vierten Grades der bildenden Künste mit Beruf und Familie vereinfachen (ebenda, S. 37).

B.12.1. Der Dekretgeber darf den Zugang und die Qualifikation von Schülern hinsichtlich des Unterrichts auf der Grundlage der Bedürfnisse und der Möglichkeiten der Gesellschaft und des Einzelnen regeln, insbesondere im Rahmen des Unterrichts, der nicht von der Schulpflicht erfasst ist.

B.12.2. Indem der Dekretgeber beim unmittelbaren Einstieg von Erwachsenen in einem höheren Grad des Teilzeitkunstunterrichts eine Unterscheidung nach Ausbildungsart vollzieht, bedient er sich eines objektiven und sachdienlichen Unterscheidungskriteriums. Unter Berücksichtigung der Art der Kompetenzen, die bei den verschiedenen Ausbildungsgängen verlangt werden, kann vernünftigerweise angenommen werden, dass ein unmittelbarer Einstieg in den höheren Graden ohne Vorkenntnisse in manchen Domänen des Kunstunterrichts einfacher ist als in anderen.

Außerdem ist der unmittelbare Einstieg im vierten Grad des Teilzeitkunstunterrichts nur Personen möglich, die das Alter von achtzehn Jahren am 31. Dezember des laufenden Schuljahrs erreicht haben, was eine bestimmte Reife in Bezug auf die Entscheidung, die Ausbildung zu starten, impliziert. Der Dekretgeber kann auf der Grundlage des Alterskriteriums davon ausgehen, dass der Betreffende über ausreichende Grundkompetenzen verfügt, um unmittelbar im vierten Grad der bildenden Künste einzusteigen.

B.13.1. Die klagende Partei trägt vor, dass diese Ungleichbehandlung gleichwohl im Bereich der Entlohnung der Lehrkräfte mit unverhältnismäßigen Folgen verbunden sei. Lehrkräfte, die im ersten, zweiten und dritten Grad des Teilzeitkunstunterrichts unterrichteten, erhielten eine Entlohnung auf Bachelorniveau. Lehrkräfte mit einem Masterdiplom, die im vierten Grad unterrichteten, erhielten eine Entlohnung auf Masterniveau. Durch die

Ermöglichung des unmittelbaren Zugangs zum vierten Grad der bildenden Künste für Erwachsene könnten die Lehrkräfte in dieser Domäne mehr Stunden arbeiten, die besser bezahlt seien.

B.13.2. Die unterschiedliche Entlohnung zwischen einerseits den Lehrkräften, die im ersten, zweiten und dritten Grad unterrichten, und andererseits den Lehrkräften, die im vierten Grad unterrichten, hängt mit dem geforderten Abschluss zusammen, da nur die Lehrkräfte, die über ein Masterdiplom verfügen, die für den vierten Grad vorgesehene Entlohnung beanspruchen können. Die Lehrkräfte werden deshalb auf der Grundlage eines objektiven und sachdienlichen Kriteriums in Bezug auf die für das jeweilige Unterrichtsniveau vorgesehene Entlohnung gleichbehandelt. Folglich kann jede Lehrkraft, die im vierten Grad unterrichtet, die Entlohnung auf Masterniveau beanspruchen.

B.13.3. Im Gegensatz zum Vortrag der klagenden Partei führen die angefochtenen Bestimmungen nicht zwangsläufig dazu, dass der Zustrom von Schülern im vierten Grad der bildenden Künste höher als im vierten Grad der darstellenden Künste ist, da dieser Zustrom von zahlreichen Faktoren abhängt. Die von der klagenden Partei an die Ungleichbehandlung geknüpften Folgen sind folglich bloß hypothetischer Art und können nicht als unverhältnismäßig angesehen werden.

B.14. Die angefochtenen Bestimmungen verstoßen daher nicht gegen die Artikel 10, 11 und 24 § 4 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit dem Grundsatz der Rechtssicherheit und mit dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.

Die klagende Partei legt im Übrigen nicht dar, in welcher Hinsicht die angefochtenen Bestimmungen die Unterrichtsfreiheit im Sinne von Artikel 24 § 3 der Verfassung beziehungsweise den Gesetzmäßigkeitsgrundsatz in Angelegenheiten des Unterrichtswesens im Sinne von Artikel 24 § 5 der Verfassung verletzen.

B.15. Der zweite Klagegrund ist unbegründet.

In Bezug auf den dritten Klagegrund

B.16. Die klagende Partei leitet einen dritten Klagegrund ab aus dem Verstoß von Artikel 67 § 3 Absätze 2 und 3 und Artikel 83 Absätze 2 und 3 des angefochtenen Dekrets gegen die Artikel 10, 11 und 24 §§ 3 bis 5 der Verfassung, weil sie in Bezug auf die Berechnung der Betreuung und der Arbeitsmittel der Unterrichtsanstalten eine nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung zwischen den bildenden Künsten und den darstellenden Künsten einführen.

B.17.1. Artikel 67 des angefochtenen Dekrets bestimmt:

« § 1er. Pour le calcul de l'encadrement, visé aux articles 69 à 72, seuls les élèves admissibles au financement sont comptés.

§ 2. Quel que soit le nombre de formations qu'il suit, un élève ne peut être financé qu'une seule fois par domaine.

Pour l'application de l'alinéa 1er, la formation d'initiation transversale est considérée comme une formation dans un domaine séparé.

Un élève qui accumule des absences injustifiées pour plus d'un tiers des activités d'apprentissage organisées entre l'inscription et le jour de comptage pour le calcul de l'encadrement n'est pas admissible au financement.

Par dérogation à l'alinéa 1er, un élève qui suit simultanément une formation dans le quatrième degré et dans une orientation d'études de spécialisation de courte durée est admissible au financement pour les deux formations.

§ 3. Tout élève admissible au financement compte pour une unité de comptage.

Par dérogation à l'alinéa 1er, les élèves admissibles au financement avec une dispense pour un ou plusieurs cours dans le domaine arts plastiques et audiovisuels sont pondérés par le coefficient 0,85.

Par dérogation à l'alinéa 1er, les élèves admissibles au financement avec une dispense pour un ou plusieurs cours dans les domaines danse, arts de la parole-théâtre et musique sont pondérés par le coefficient 0,70.

Par dérogation à l'alinéa 1er, les élèves admissibles au financement qui prolongent leurs parcours d'apprentissage dans le quatrième degré ou une orientation d'études de courte durée sont pondérés par le coefficient 0,50.

Par dérogation à l'alinéa 1er, les élèves admissibles au financement à l'exception des élèves dans le quatrième degré arts plastiques et audiovisuels et dans les orientations d'études

de courte durée qui suivent leur formation entière dans des implantations en Région bilingue de Bruxelles-Capitale ou dans la commune de Fourons sont pondérés par le coefficient 1,4.

Par dérogation à l'alinéa 1er, les élèves admissibles au financement qui suivent leur formation entière dans des implantations situées dans des communes faiblement peuplées sont pondérés par le coefficient 1,05.

Les pondérations visées aux alinéas 2, 4 et 5 et les pondérations visées aux alinéas 3, 4 et 5 sont cumulatives.

Les pondérations visées aux alinéas 2, 4 et 6 et les pondérations visées aux alinéas 3, 4 et 6 sont cumulatives.

Les pondérations visées aux alinéas 5 et 6 ne sont pas cumulatives. La pondération de l'alinéa 5 prévaut.

§ 4. Pour l'application des dispositions de la section 2 à 7 du présent chapitre, on entend par « élèves » des « élèves admissibles au financement pondérés ».

B.17.2. Artikel 83 des angefochtenen Dekrets bestimmt:

« Toute académie de l'enseignement subventionné a droit à des moyens de fonctionnement. Le budget de fonctionnement pour l'année scolaire (X/X+1) est calculé selon la formule : nombre de périodes de cours attribuées pour l'année scolaire (X/X+1) x -montant par période de cours.

Le montant par période de cours dans le domaine arts plastiques et audiovisuels et dans la formation initiale transversale s'élève à 79,34 euros.

Le montant par période de cours dans les domaines danse, arts de la parole-théâtre et musique s'élève à 26,45 euros.

A partir de l'année scolaire 2019-2020, les montants de l'année scolaire précédente sont multipliés annuellement par le coefficient d'adaptation A, qui est calculé comme suit :

$$A = (CX-1/CX-2),$$

où :

1° CX-1 : l'indice santé du mois de janvier de l'année budgétaire X-1;

2° CX-2 : l'indice santé du mois de janvier de l'année budgétaire X-2.

Le coefficient A est porté en compte pour 100 % ».

B.18. Der angefochtene Artikel 67 § 3 Absätze 2 und 3 bezieht sich auf die Berechnung der Betreuung, das heißt die Zahl der Unterrichtsstunden, die eine Akademie beanspruchen kann und die sie im Rahmen des Einsatzes von Lehrkräften zugrunde legen kann. Der angefochtene Artikel 83 Absätze 2 und 3 beziehen sich auf die Berechnung der Arbeitsmittel, die die Akademien beanspruchen können.

B.19.1. Der Flämischen Regierung zufolge würde das erforderliche Interesse an der Beantragung der Nichtigkeitserklärung der angefochtenen Bestimmungen bei der klagenden Partei nicht vorliegen.

B.19.2. Wie in B.5.3 erwähnt wurde, ist die klagende Partei eine Lehrkraft im Teilzeitkunstunterricht, und zwar in der Domäne der Musik, die zu den darstellenden Künsten gehört. In dieser Eigenschaft hat sie ein Interesse an der Nichtigkeitserklärung von Artikel 67 § 3 Absätze 2 und 3 des angefochtenen Dekrets, der sich auf die Betreuung und daher auf die Beschäftigungsmöglichkeiten im Teilzeitkunstunterricht bezieht.

Die klagende Partei weist jedoch nicht nach, in welcher Hinsicht sie unmittelbar und ungünstig von dem angefochtenen Artikel 83 Absätze 2 und 3 des angefochtenen Dekrets betroffen sein könnte, der die Berechnung des Funktionszuschusses bezüglich der Akademien bestimmt und folglich nur diese Unterrichtsanstalten unmittelbar berührt. Zwar könnte eine solche Bestimmung sich mittelbar auf die Situation der klagenden Partei auswirken, aber das ändert nichts daran, dass es die Akademie selbst ist, die unmittelbar von dieser Bestimmung betroffen ist.

Der Gerichtshof prüft den dritten Klagegrund daher in dem Umfang, in dem damit die Nichtigkeitserklärung von Artikel 67 § 3 Absätze 2 und 3 des angefochtenen Dekrets verfolgt wird.

B.20.1. Der Berechnungsmethode zu der Betreuung der Akademien liegt die Zahl finanzierbarer Schüler zugrunde. Pro Domäne ist ein Schüler, unabhängig von der Zahl der Ausbildungsgänge, die er besucht, ein einziges Mal finanzierbar (Artikel 67 § 2). Ferner zählt jeder finanzierbare Schüler als eine Zählseinheit (Artikel 67 § 3 Absatz 1).

B.20.2. In Abweichung von der letztgenannten Bestimmung führt der angefochtene Artikel 67 § 3 Absätze 2 und 3 eine Berichtigung für die finanzierbaren Schüler ein, die von einem oder mehreren Fächern freigestellt wurden. In der Domäne der bildenden Künste gilt für einen solchen Schüler ein Koeffizient von 0,85, während bei den darstellenden Künsten ein Koeffizient von 0,70 gilt.

B.20.3. In Bezug auf die beanstandete Ungleichbehandlung heißt es in den Vorarbeiten zur angefochtenen Bestimmung:

« Le décret dit (en néerlandais) ‘ Niveaudecreet ’ (le décret du 9 mars 2018) utilise un certain nombre de facteurs de pondération de sorte que certains élèves génèrent moins d’encadrement. Ainsi, les élèves qui, sur la base d’une reconnaissance des compétences, ont obtenu une dispense pour un ou pour plusieurs cours ne suivent pas de formation complète. Tout comme auparavant, de tels élèves génèrent moins d’encadrement. Avant l’entrée en vigueur du décret dit ‘ Niveaudecreet ’, cette réduction de l’encadrement était réglée sur la base d’un pourcentage d’utilisation. Le décret dit ‘ Niveaudecreet ’ remplace ces pourcentages d’utilisation par une approche plus correcte, à savoir un facteur de pondération qui est appliqué à l’élève. L’utilisation d’un facteur de pondération a pour effet que l’encadrement est adapté aux besoins. Un élève qui ne suit pas une formation complète n’a pas besoin d’un encadrement complet.

La valeur du facteur de pondération est la même que le pourcentage d’utilisation actuel, de sorte que les académies ne sont pas lésées par la nouvelle méthode de calcul. La différence entre les facteurs de pondération dans le domaine des arts plastiques et audiovisuels et dans le domaine des arts de la scène est maintenue. Cette différence est à imputer à la proportion que le cours dispensé représente le plus souvent dans la formation. Les élèves bénéficiant d’une dispense dans le cadre du cours histoire de l’art suivent encore six des huit périodes de cours, alors que les élèves bénéficiant d’une dispense dans le cadre du cours jeu d’équipe suivent encore deux des trois périodes de cours »–(*Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2017-2018, Nr. 1439/1, SS. 55-56 ».

B.21.1. Indem der Dekretgeber bei der Berechnung der Betreuung der Akademien die Schüler berücksichtigt, die eine Freistellung bekommen haben, möchte er die erforderliche Unterrichtsbetreuung auf die reelle Unterrichtslast in Bezug auf die noch zu besuchenden Fächer abstimmen.

Angesichts der großen Bandbreite an Situationen, die in der Praxis auftreten können, durfte der Dekretgeber für die Domänen der bildenden Künste und der darstellenden Künste Gewichtungskoeffizienten vorsehen, die annäherungsweise mit der Wirklichkeit übereinstimmen. Aus den vorerwähnten Vorarbeiten geht hervor, dass die Ungleichbehandlung zwischen den bildenden Künsten und den darstellenden Künsten in

Bezug auf den Wert des Gewichtungskoeffizienten auf Feststellungen beruht, die mit der Art der Fächer zusammenhängen, für die meistens eine Freistellung beantragt wird, und mit dem Anteil dieser freigestellten Fächer an der Ausbildung.

B.21.2. Aus dem Vorstehenden ergibt sich, dass die beanstandete Ungleichbehandlung auf einem objektiven und sachdienlichen Unterscheidungskriterium beruht. Es hat sich auch nicht herausgestellt, dass die Berechnungsmethode zu der Betreuung mit unverhältnismäßigen Folgen für die Domäne der darstellenden Künste verbunden ist. Die angefochtenen Bestimmungen verstoßen nicht gegen die Artikel 10, 11 und 24 § 4 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit dem Grundsatz der Rechtssicherheit und mit dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.

Die klagende Partei legt im Übrigen nicht dar, in welcher Hinsicht die angefochtenen Bestimmungen die Unterrichtsfreiheit im Sinne von Artikel 24 § 3 der Verfassung beziehungsweise den Gesetzmäßigkeitsgrundsatz in Angelegenheiten des Unterrichtswesens im Sinne von Artikel 24 § 5 der Verfassung verletzen.

B.22. Der dritte Klagegrund ist unbegründet.

Aus diesen Gründen:

Der Gerichtshof

weist die Klage zurück.

Erlassen in niederländischer, französischer und deutscher Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, am 14. November 2019.

Der Kanzler,

Der Präsident,

P.-Y. Dutilleux

A. Alen